

Kreisverwaltung
Birkenfeld

Postfach 1240
Schneewiesenstraße 25

55760 Birkenfeld
55765 Birkenfeld

Verbandsgemeindeverwaltung Herrstein-Rhaunen
Brühlstraße 16
55756 Herrstein

Kreisverwaltung Birkenfeld

**Abt. 9 – Umwelt, Landesplanung
und Climate-Change-Management**

Az.: 90-606-21/24

(Bei Rückfragen bitte angeben)

Auskunft erteilt: Herr Hennchen

☎ 06782-15-910

Telefax: 06782/15-55-910

Verw.-Geb. 2, Zi-Nr.: 1.08

m.hennchen@landkreis-birkenfeld.de

Internet: *www.landkreis-birkenfeld.de*

Birkenfeld, 04.04.2025

Durchführung des Landesplanungsgesetzes

Landesplanerische Stellungnahme gem. § 20 LPIG für das Vorhaben „Solarpark
Allenbach“, Ortsgemeinde Allenbach

Antrag auf Abgabe der landesplanerischen Stellungnahme vom 03.06.2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

nachfolgend geben wir zur Bebauungsplanaufstellung „Solarpark Allenbach“ in Allenbach die
landesplanerische Stellungnahme (LPS) bekannt.

Gliederung

1. Ergebnis der Prüfung.....	2
2. Benehmen mit der Planungsgemeinschaft	3
3. Ausgangslage.....	3
4. Übereinstimmung der aktuellen Planung mit dem LEP IV, dem RROP, dem FNP sowie mit Schutzgebieten.....	4
4.1. Landesentwicklungsprogramm LEP IV	4
4.2. Regionaler Raumordnungsplan RROP	5
4.3. Flächennutzungsplan	6
4.4. Schutzgebiete.....	7
5. Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange	7

1. Ergebnis der Prüfung

Die Untere Landesplanungsbehörde gibt im Rahmen der landesplanerischen Stellungnahme gemäß § 20 Abs. 1 LPlG die bei der Aufstellung der Flächennutzungspläne bzw. gemäß § 20 Abs. 2 bei der Aufstellung eines Bebauungsplanes maßgeblichen Erfordernisse der Raumordnung bekannt. Diese sind insbesondere:

- 1) Durch Zielabweichungsbescheid vom 10.12.2024 wurde für das Vorhaben durch die obere Landesplanungsbehörde die Genehmigung erteilt, von dem Z 83 RROP (Vorranggebiet Landwirtschaft) abzuweichen.
- 2) Die Vereinbarkeit des Vorhabens mit den Belangen der Landwirtschaft, u.a. G 166 LEP IV wurde im Zielabweichungsbescheid der oberen Landesplanungsbehörde vom 10.12.2024 dargestellt.
- 3) Die letztendliche Vereinbarkeit des Vorhabens mit dem Vorbehaltsgebiet Freizeit, Erholung und Landschaftsbild (G 105 RROP) ist innerhalb der Bauleitplanverfahren zu klären.
- 4) Die durch die Einstufung des Planareals als archäologische Verdachtsfläche notwendigen weiteren Maßnahmen sind innerhalb der Bauleitplanverfahren oder eines anschließenden Baugenehmigungsverfahrens mit der GDKE, Direktion Landesarchäologie, zu klären.
- 5) Die Berücksichtigung von mögliche Gefahren durch Starkregen gemäß der Stellungnahme der SGD Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz Koblenz vom 29.01.2025, ist innerhalb des Bauleitplanverfahrens zu klären.
- 6) Die Vereinbarkeit mit dem angrenzenden Wald ist innerhalb des Bauleitplanverfahrens zu klären.
- 7) Innerhalb der Bauleitplanung ist zu klären, wie Einschränkungen von Lebensräumen und Wechseln von Wildtieren so weit wie möglich vermieden werden können.

Im Ergebnis ist festzustellen, dass die geplante Aufstellung des Bebauungsplans und die FNP-Teiländerung mit den Erfordernissen der Raumordnung in Übereinstimmung gebracht werden kann wenn die oben genannten Erfordernisse der Raumordnung im Bauleitplanverfahren berücksichtigt werden.

Gemäß § 3 Raumordnungsgesetz (ROG) handelt es sich bei Ergebnissen förmlicher landesplanerischer Verfahren wie des Raumordnungsverfahrens und **landesplanerischer Stellungnahmen** um "**sonstige Erfordernisse der Raumordnung**" im Sinne des ROG.

Gemäß § 4 ROG sind bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen öffentlicher Stellen, bei Entscheidungen öffentlicher Stellen über die Zulässigkeit raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen anderer öffentlicher Stellen und bei Entscheidungen öffentlicher Stellen über die Zulässigkeit raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen von Personen des Privatrechts, die der Planfeststellung oder der Genehmigung mit der Rechtswirkung der Planfeststellung bedürfen, die Ziele der Raumordnung zu beachten sowie Grundsätze und sonstige Erfordernisse der Raumordnung in Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen zu berücksichtigen.

Bei der vorliegenden Bauleitplanung sind die Ziele des Landesentwicklungsprogramms IV und des regionalen Raumordnungsplans Rheinhessen-Nahe zu beachten sowie die Grundsätze und die sonstigen Erfordernisse der Raumordnung zu berücksichtigen

2. Benehmen mit der Planungsgemeinschaft

Diese landesplanerische Stellungnahme erfolgt gemäß § 20 Abs.1 Landesplanungsgesetz im Benehmen mit der Planungsgemeinschaft (PG) Rheinhessen-Nahe. Das Benehmen mit der Geschäftsstelle der Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe wurde gemäß E-Mail der PG vom 24.03.2025 hergestellt.

3. Ausgangslage

Die Allenbach Energie GmbH & Co. KG, In der Hohlbach 20, 55758 Allenbach, plant in der Ortsgemeinde Allenbach der Verbandsgemeinde Herrstein-Rhaunen die Errichtung eines Solarparks.

Der geplante Solarpark ist ca. 20,7 ha groß. Das Plangebiet befindet sich nordwestlich des Siedlungskörpers der Ortsgemeinde Allenbach in den Gemarkungsbereichen „An den Drieschen“, „Am Morbacher Pfad“ und „Neben der Gemeindewies“, auf landwirtschaftlich genutzten Flächen.

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum vorgenannten B-Plan hat das mit der Aufstellung des B-Planes beauftragte Planungsbüro Kern aus Illingen die Abgabe einer landesplanerischen Stellungnahme beantragt.

Der Bebauungsplan „Solarpark Allenbach“ setzt für den Planbereich ein Sonstiges Sondergebiet (SO) gemäß §11 BauNVO mit der Zweckbestimmung – „Photovoltaik“ – Gebiet für die Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaik-Anlage, fest.

Das Plangebiet ist größtenteils von landwirtschaftlich genutzten Flächen umgeben. Lediglich im Westen schließt sich eine Weihnachtsbaumkultur an das Plangebiet an.

Der Großteil des Plangebietes stellt sich aktuell als Acker- und Grünfläche mit vereinzelt Gehölzstrukturen dar. Ein kleiner Teilbereich ist als Weihnachtsbaumkultur angelegt.

Dem Antrag waren folgende Unterlagen beigelegt:

- Solarpark Allenbach, Begründung zum Bebauungsplan in der Ortsgemeinde Allenbach, Verbandsgemeinde Herrstein-Rhaunen, Stand 02.12.2024, Vorentwurf
- Solarpark Allenbach, Bebauungsplan in der Ortsgemeinde Allenbach, Verbandsgemeinde Herrstein-Rhaunen, Teil A: Planteil, 1:20.000, Stand 02.12.2024, Vorentwurf
- Solarpark Allenbach, Bebauungsplan in der Ortsgemeinde Allenbach, Verbandsgemeinde Herrstein-Rhaunen, Teil B: Textteil, Stand 02.12.2024, Vorentwurf

Das mit der Aufstellung des B-Plans beauftragte Planungsbüro Kern aus Illingen hat bereits die frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange durchgeführt. Die eingegangenen Stellungnahmen waren dem Antrag auf Erstellung der LPS ebenfalls beigelegt und wurden bei der Erstellung dieser LPS berücksichtigt

In der Unterlage „Solarpark Allenbach, Begründung zum Bebauungsplan in der Ortsgemeinde Allenbach, Verbandsgemeinde Herrstein-Rhaunen, Stand 02.12.2024, Vorentwurf“ wird auf Seite 18 ausgeführt, dass insgesamt keine erheblichen negativen Umweltauswirkungen auf den Menschen zu erwarten sind. Auf Seite 19 wird ausgeführt, dass die Beeinträchtigung des Bodens insgesamt als von geringer Wirkintensität und als ökologisch unerheblich zu bewerten sind. Ebenfalls wird dort auf Seite 20 ausgeführt, dass mit relevanten Auswirkungen auf die Belange des Hochwasserschutzes und des Schutzgutes Wasser insgesamt nicht zu rechnen ist. Diesen Einschätzungen kann grundsätzlich gefolgt werden.

Die Bewertung der Verträglichkeit des Vorhabens mit den naturschutzrechtlichen Regelungen hat im Bauleitplanverfahren zu erfolgen.

4. Übereinstimmung der aktuellen Planung mit dem LEP IV, dem RROP, dem FNP sowie mit Schutzgebieten

4.1. Landesentwicklungsprogramm LEP IV

Gemäß dem LEP IV ist das gesamte Plangebiet als landesweit bedeutsamer Bereich für Erholung und Tourismus ausgewiesen.

Nach Ziel 134 LEP IV bilden die Erholungs- und Erlebnisräume sowie die landesweit bedeutsamen Bereiche für Erholung und Tourismus gemeinsam eine Grundlage für die Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten der regional bedeutsamen Gebiete für Erholung und Tourismus. Diese Konkretisierung ist im RROP erfolgt und wird nachstehend erläutert.

Der östliche Teilbereich des Plangebietes ist im LEP IV zudem als landesweit bedeutsamer Bereich für die Landwirtschaft ausgewiesen.

Gemäß Ziel 120 LEP IV werden die landesweit bedeutsamen Bereiche für die Landwirtschaft durch die Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten in den regionalen Raumordnungsplänen konkretisiert und gesichert. Diese Konkretisierung ist im RROP erfolgt und wird nachstehend erläutert.

Gemäß Grundsatz 166 LEP IV sollen Freiflächen-Photovoltaikanlagen flächenschonend, insbesondere auf zivilen und militärischen Konversionsflächen, entlang von linienförmigen Infrastrukturtrassen sowie auf ertragsschwachen, artenarmen oder vorbelasteten Acker- und Grünlandflächen errichtet werden. Als Kenngröße für vergleichsweise ertragsschwächere landwirtschaftliche Flächen soll die regionaltypische Ertragsmesszahl herangezogen werden.

In der Begründung zu Grundsatz 166 LEP IV wird hierzu ausgeführt, dass die landesweite durchschnittliche EMZ bei ca. 35 liegt. Entsprechend kann landesweit davon ausgegangen werden, dass Flächen mit einer EMZ kleiner als 35 tendenziell ertragsschwächer sind. Im Speziellen können auf Ebene der zuständigen kommunalen Verwaltungseinheiten die lokal typischen durchschnittlichen EMZ abweichen. In diesen Fällen sollen die jeweils zuständigen Träger der Bauleitplanung die lokal typischen durchschnittlichen EMZ zur angemessenen Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklung landwirtschaftlicher Betriebe ihrer Abwägung zugrunde legen.

Gemäß den Antragsunterlagen beträgt die durchschnittliche EMZ in der Verbandsgemeinde Herrstein-Rhaunen 37. Für den Planbereich wird in den Antragsunterlagen ein geringfügig höherer Wert von 37,3 genannt. In der Stellungnahme

der Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB vom 21.01.2025 wird die EMZ für das Plangebiet mit 38,3 angegeben.

Die Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz wurde im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB beteiligt und hat mit Schreiben vom 13.01.2025 zu dem Vorhaben Stellung genommen. Die Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz führt hierbei u.a. aus, dass durch das Vorhaben 9,5% der landwirtschaftlichen Nutzflächen in der Gemarkung Allenbach überplant werden. Hierbei handele es sich um gut erschlossene und in großen Schlägen gut zu bewirtschaftende Flächen. Die Grundsätze aus dem LEP IV, wonach der Ausbau flächenschonend und ausschließlich auf ertragsschwachen Standorten stattfinden soll, würden mit der Planung auf den hier vorgesehenen Flächen nicht berücksichtigt. Ebenso verweist die Landwirtschaftskammer darauf, dass die EMZ des Plangebietes mit 38 über dem Durchschnitt der Gemarkung Allenbach von 36 liegt und demnach eine für die Region gute Ertragsfähigkeit aufweist.

Zur Lösung des skizzierten Zielkonfliktes wurde auf Antrag vom 23.11.2023 der Allenbach Energie GmbH & Co. KG ein Verfahren auf Abweichung von einem Ziel des RROP gemäß § 6 Abs. 2 ROG i.V.m. § 10 Abs. 6 LPIG für die Planung und Errichtung einer Photovoltaik-Freiflächenanlage (FF-PVA) bei der oberen Landesplanungsbehörde eingeleitet. Mit Zielabweichungsbescheid vom 10.12.2024 hat die SGD Nord die Abweichung von Ziel 83 RROP für die Planung und Errichtung einer FF-PVA in der Ortsgemeinde Allenbach antragsgemäß zugelassen.

Die SGD Nord führt zur Begründung u.a. aus:

„Grundsätzliche Hinweise zur Ertragsschwäche einer landwirtschaftlichen Fläche ergeben sich gem. der Begründung zu G 166 4. TF LEP IV u.a. aus der Bodenwertzahl (Ackerzahl). Die landesweit durchschnittliche Ackerzahl liegt danach bei ca. 35, diese ist jedoch auf Ebene der zuständigen kommunalen Verwaltungseinheiten lokaltypisch zu differenzieren. Für die Verbandsgemeinde Herrstein-Rhaunen liegt der lokaltypische Durchschnitt bei 37. Die geplante Fläche in Allenbach hat eine durchschnittliche Ackerzahl von 36, so dass hier im Verhältnis zur lokaltypischen Ackerzahl auf Verbandsgemeindeebene tendenziell von Ertragsschwäche auszugehen ist.“

4.2. Regionaler Raumordnungsplan RROP

Gemäß dem RROP ist das gesamte Plangebiet als Vorbehaltsgebiet Freizeit, Erholung und Landschaftsbild (G 105 RROP) ausgewiesen.

Der Grundsatz 105 RROP besagt, dass zur Sicherung der regional bedeutsamen Gebiete für Erholung und Tourismus im Regionalplan Vorbehaltsgebiete ausgewiesen werden. In diesen Vorbehaltsgebieten sollen der hohe Erlebniswert der Landschaft und die für die Erholung günstigen heil- und bioklimatischen Bedingungen erhalten bleiben.

Gemäß § 6 Abs. 2 Nr. 2 LPIG sind den in den ausgewiesenen Vorbehaltsgebieten bestimmten raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen bei der Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Nutzungen ein besonderes Gewicht beizumessen

Dementsprechend ist dieser Grundsatz der Raumordnung der gemeindlichen Abwägung zugänglich.

Gemäß dem RROP ist das gesamte Plangebiet als Vorranggebiet Landwirtschaft (Z 83 RROP) ausgewiesen.

Das Ziel 83 RROP bestimmt, dass in Vorranggebieten für die Landwirtschaft die nachhaltige landwirtschaftliche Bodennutzung Vorrang vor konkurrierenden raumbedeutsamen Nutzungsansprüchen hat. Es sind dort nur Maßnahmen und Vorhaben zulässig, die auf Dauer mit der landwirtschaftlichen Nutzung vereinbar sind.

In den Erläuterungen zu Ziel 83 RROP wird u.a. ausgeführt, dass, mit der Sicherung von für die landwirtschaftliche Nutzung geeigneten Gebieten durch Vorranggebiete die räumlichen Voraussetzungen für die Landwirtschaft für die Nahrungs- und Rohstoffproduktion im Sinne des § 2 Abs. 4 ROG geschaffen werden. Gleichzeitig wird hiermit dem Ziel 120 LEP IV, „die landesweit bedeutsamen Bereiche für die Landwirtschaft werden durch die Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten in den Regionalplänen gesichert“, Rechnung getragen. Die zu schaffenden räumlichen Voraussetzungen werden ergänzt durch das System der zentralen Orte und das Konzept der Schwellenwerte für die Wohnbauflächenentwicklung. Diese planerischen Konzepte konzentrieren die Siedlungsentwicklung auf Gemeinden in einem polyzentrischen System.

Nach den Kriterien der Landwirtschaftskammer (z. B. Ackerzahl/Grünlandzahl, Ertragspotenzial und Berechnungswürdigkeit sowie Einkommens-, Wertschöpfungs- und Arbeitsplatzfunktionen) haben 80 % der Landwirtschaftsfläche in der Region eine sehr hohe Bedeutung und Schutzbedürftigkeit und rund 20 % noch eine hohe Bedeutung. Somit sind in der Region Rheinhessen-Nahe faktisch alle landwirtschaftlichen Nutzflächen schutzbedürftig.

Wie unter Ziffer 4.1. bereits beschrieben steht die hier maßgebliche Planung somit grundsätzlich im Konflikt zu dem Ziel 120 LEP IV und verstößt gegen Ziel 83 RROP.

Zur Lösung des skizzierten Zielkonfliktes wurde auf Antrag vom 23.11.2023 der Allenbach Energie GmbH & Co. KG ein Verfahren auf Abweichung von einem Ziel des RROP gemäß § 6 Abs. 2 ROG i.V.m. § 10 Abs. 6 LPlG für die Planung und Errichtung einer Photovoltaik-Freiflächenanlage (FF-PVA) bei der oberen Landesplanungsbehörde eingeleitet. Mit Zielabweichungsbescheid vom 10.12.2024 hat die SGD Nord die Abweichung von Ziel 83 RROP für die Planung und Errichtung einer FF-PVA in der Ortsgemeinde Allenbach antragsgemäß zugelassen.

4.3. Flächennutzungsplan

Der vorliegende Bebauungsplan widerspricht dem Entwicklungsgebot des § 8 Abs. 2 BauGB, wonach Bebauungspläne aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln sind. Gemäß § 8 Abs. 4 S. 2 BauGB kann ein vorzeitiger Bebauungsplan aufgestellt werden, bevor der Flächennutzungsplan ergänzt oder geändert ist, wenn bei Gebiets- oder Bestandsänderungen von Gemeinden oder anderen Veränderungen der Zuständigkeit für die Aufstellung von Flächennutzungsplänen ein Flächennutzungsplan fortgilt.

Im Hinblick auf den Zusammenschluss der beiden Verbandsgemeinden Herrstein und Rhaunen zum 01.01.2020 und dem damit einhergehenden Planungsbedürfnis für einen neuen Flächennutzungsplan kann der vorliegende Bebauungsplan als vorzeitiger Bebauungsplan gem. § 8 Abs. 4 S. 2 BauGB aufgestellt werden.

Der in Rede stehende Bebauungsplan bedarf jedoch, da er nicht aus einem gültigen Flächennutzungsplan entwickelt ist, gemäß § 10 Abs. 2 BauGB der Genehmigung durch die Kreisverwaltung als höhere Verwaltungsbehörde.

Weiterhin ist für diesen B-Plan gemäß § 20 Abs. 2 Landesplanungsgesetz (wie hier geschehen) eine landesplanerische Stellungnahme einzuholen.

4.4. Schutzgebiete

Das Plangebiet liegt innerhalb des Naturparks Saar-Hunsrück (NTP-7000-004), jedoch nicht innerhalb einer Kernzone. Gem. § 1 Abs. 2 der Landesverordnung über den Naturpark Saar-Hunsrück sind die Flächen innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches eines bestehenden oder künftig zu erlassenden Bebauungsplanes mit baulicher Nutzung und innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile im Sinne des § 34 des BauGB nicht Bestandteil des Naturparks.

5. Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange

Das Planungsbüro Kern aus Illingen hat im Namen der Ortsgemeinde Allenbach mit Schreiben vom 12.12.2024 gemäß § 4 Abs. 1 BauGB die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB) am Planverfahren beteiligt, sowie eine Abstimmung mit Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB durchgeführt und der uLPIB die dabei eingegangenen Stellungnahmen zur Verfügung gestellt. Die uLPIB hat diese Stellungnahmen im Verfahren zur Erstellung der LPS berücksichtigt.

Die eingegangenen Stellungnahmen sind im Folgenden in stark gekürzter Form wiedergegeben. Die kompletten Ausführungen der TÖB ergeben sich aus den Original-Stellungnahmen, welche der Verbandsgemeindeverwaltung Herrstein-Rhaunen vorliegen:

1. Das Brandschutzreferat der Kreisverwaltung Birkenfeld äußert keine grundsätzlichen Bedenken, führt aber an, dass die PV-Anlage in regelmäßigen Abständen mit Verkehrsflächen zu unterteilen ist um den Einsatz von Brandbekämpfungs- und Rettungsgeräten/Fahrzeugen zu ermöglichen. Darüber hinaus sind Löschwasserentnahmestellen einzurichten und ein Mindestabstand der Module und technischen Einrichtungen von 10m zum angrenzenden Wald einzuhalten.
2. Das Bauamt der Kreisverwaltung Birkenfeld weist darauf hin, dass die Erschließung des Plangebietes vollständig auf einer Planurkunde darzustellen ist und die Baugrenzen zu vermaßen sind. Ebenfalls ist stimmt die maximal versiegelbare Grundfläche gemäß Plan (2.500m²) nicht mit den Textfestsetzungen (5.000m²) überein.
3. Das LGB äußert keine grundsätzlichen Bedenken, weist aber darauf hin, dass sich in ca. 355m nördlich des Plangebietes der unter Bergaufsicht stehende Quarzitgewinnungsbetrieb „Allenbach“ befindet. Das LGB empfiehlt hinsichtlich der weiteren Planungen des Quarzitgewinnungsbetrieb Kontakt aufzunehmen.
4. Das DLR Rheinhessen-Nahe-Hunsrück hat grundsätzlich keine Bedenken, weist jedoch darauf hin, dass ggf. vorhandene Drainageleitungen durch das Vorhaben nicht beschädigt werden dürfen um Staunässe an den angrenzenden landwirtschaftlichen Nutzflächen zu vermeiden.
5. Das Forstamt Idarwald weist auf die Gefahren für die Anlage durch umstürzende Bäume im Falle von Sturmereignissen und einen einzuhaltenden Abstand zum Waldrand hin. Dieser könne bei Vorliegen einer Haftungsverzichtserklärung auch unterschritten werden. Weiterhin ist für das folgende Planverfahren eine Umwandlungserklärung gem. § 14 Abs. 5 LWG erforderlich.
6. Der LBM Bad Kreuznach stimmt dem Vorhaben zu, weist aber u.a. auf einen ggf. notwendigen Gestattungsvertrag zwischen der Antragstellerin und dem LBM hinsichtlich der Inanspruchnahme von Straßeneigentum zur Verlegung von

Kabeln hin. Weiter verweist der LBM darauf, dass die verkehrliche Anbindung des Plangebietes an die L163 während der Bau- und Betriebsphase ausschließlich über die bestehende Gemeindestraße „In der Treib“ zu erfolgen hat und diesbezüglich die Verkehrssicherheit zu gewährleisten ist.

7. Die Landwirtschaftskammer RLP hat mitgeteilt, dass grundsätzliche Bedenken gegen die Planung bestehen. U.a. fordert sie die vorrangige Inanspruchnahme von Konversionsflächen und anderen Flächen i.S.v. G 166 LEP IV. Weiterhin weist die LWK darauf hin, dass innerhalb der Potentialanalyse für FFPV-Standorte im Zuge der 3. Teilfortschreibung des RROP im Gebiet der VG Herrstein-Rhaunen insgesamt 331 ha (auf Ackerflächen) als potentielle Vorbehaltsgebiete definiert wurden, was ca. 2,7 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche entspricht. Gemeinsam mit bereits realisierten Vorhaben innerhalb der VG wären die politisch als Maximum vorgesehenen 2 % Flächeninanspruchnahme landwirtschaftlicher Nutzflächen deutlich überschritten. Auf die Gemarkung Allenbach bezogen werden ca. 9,5% der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche von 262 ha überplant.
8. Die Westnetz GmbH weist darauf hin, dass im Geltungsbereich des B-Plans Mittelspannungsleitungen mit einem Schutzstreifen vorhanden sind. In den 15m breiten Schutzstreifen (7,5m beidseits der Leitungsmittellinie) ist von einer Bebauung abgesehen; leitungsfährdende Verrichtungen müssen jederzeit unterbleiben.
9. Die GDKE, Dir. Landesarchäologie, Trier hat das Planareal als archäologische Verdachtsfläche eingestuft und lehnt das Vorhaben zum jetzigen Zeitpunkt ab. Weiter wird um Abstimmung hinsichtlich der weiteren Vorgehensweise gebeten.
10. Die SGD Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz Koblenz macht keine Bedenken geltend, weist aber darauf hin, dass das Plangebiet gemäß der Sturzflutgefahrenkarte im Falle eines Starkregenereignisses gefährdet ist und mögliche Gefährdungen durch Starkregen in der Bauleitplanung berücksichtigt werden sollten.
11. Der LAG Natur und Umwelt Rheinland-Pfalz e.V. bittet um Vorlage des Umweltberichts und führt an, dass die geplante Umzäunung so ausgeführt werden sollte, dass Fuchs, Hase und anderen Kleinwildarten Zugang zur Fläche ermöglicht wird und durch Ein- und Aussprünge sowie Pendeltore die Fläche auch für Rot- und Schwarzwild zugänglich bleibt.
12. Die Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe stimmt dem Vorhaben grundsätzlich zu, weist jedoch darauf hin, dass die EMZ der Planfläche bei 38,3 liegt.
13. Das BAIUDBw, die Creos Deutschland GmbH, die Deutsche Telekom Technik GmbH, der DWD, die GDKE, Direktion Landesarchäologie, Erdgeschichte, die HWK, die IHK, der LBB, die PLEdoc GmbH, die Vodafone GmbH, der Landesfischereiverband sowie die VG Traben-Trarbach erheben keine grundsätzlichen Bedenken.

Die Liste der vom Planungsbüro Kern aus Illingen im Namen der Ortsgemeinde Allenbach im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum vorgenannten Bebauungsplan ist in der Anlage 1 dieser landesplanerischen Stellungnahme beigefügt.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag



Michael Hennchen

Kopie per E-Mail an:

SGD Nord

Julia.Bauer@sgdnord.rlp.de

Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe

a.huber@pg-rheinhessen-nahe.de

